

Antifaschistische Zeitung

für Augsburg

Nr. 01 / Oktober 2007

Reaktionärer Gangster-Rap jetzt auch in Augsburg

„Nun hat auch Augsburg einen sexistischen und schwulenfeindlichen Gangster-Rapper“ – so bringt es die Stadtzeitung auf den Punkt. Es ist ja durchaus eine schöne Sache, ein paar Spießbürger mit ein paar derben Worten zu ärgern und sich dann zu freuen, wie sie sich wieder mal über „die Jugend von heute“ aufregen.

Beim „Gangster-Rap“ geht die Sache aber häufig in eine Richtung, die aufhorchen lässt. So sind für den Augsburger Andrew Kastel, der im August auf der Titelseite der „Neuen Szene“ prangte, die Mädchen und jungen Frauen in seinem Publikum „schreiende Fotzen“. Erstaunlich nur und schade, dass es offensichtlich nicht wenige weibliche Fans gibt.

Schwule Männer hasst er ganz besonders. In seinem Song „augsburg untergrund“ wiederholt er daher mehrfach: „halt deine fresse du schwuler hurensohn. lass dich ficken von dem homo dieter bohlen“.

Was man/frau von Dieter Bohlen hält ist die eine Sache. Ob er schwul ist, interessiert uns bei der Beurteilung seiner Person aber überhaupt nicht. Der extreme Hass Andrew Kastels auf alle „Homos“ führt logischerweise dazu, dass man das Wort „schwul“ als Schimpfwort anwenden kann. Derlei Einstellungen kennt man eigentlich schon aus der Bierzelt-Stammisch-Szene.

Kastel kombiniert sie mit starken Gewaltphantasien (z.B. „9mm 8 kugeln direkt in deinen magen“ oder „ohne Wafenschein pumpe ich Dir die Kugel rein“). Es geht um die Ausgrenzung vermeintlich oder tatsächlich Anderer, bis hin zum Mord.

Hier kommt altbekanntes reaktionäres Zeug als neu, cool, hip und „gangsta“ daher! – Thomas

NoNPD-Kampagne jetzt!

Neofaschistische Organisationen wie die NPD werden seit Jahrzehnten vom Staat toleriert. Als neue „Jugendbewegung“ (Durchschnittsalter unter 40 Jahren) bietet sich die neofaschistische NPD in Ost und West als Partei an. Seit der Gründung wird die Partei vom Verfassungsschutz beobachtet. Doch die über Anfragen im Parlament verlautbarten Erkenntnisse zur NPD sind mager oder bewusst mager gehalten¹. Umso erstaunter stehen wir den Äußerungen von Politikern (von Grün bis Schwarz) gegenüber, die ihre Verfassungsschützer nicht zurückziehen wollen. Das wäre aber nötig um die NPD zu verbieten. Denn der erste Verbotsantrag ist vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Nichtverwendbarkeit von Spitzel-Aussagen gescheitert. Auf die im Zeitraum eines Verbotsverfahrens entgangenen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes können wir getrost verzichten. Der Antrag der Linkspartei „V-Leute aus der NPD abschalten“ wurde im Mai dieses Jahres allerdings mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Unterschriftenaktion ein Erfolg

Derweil ist unsere Unterschriftensammlung für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ein großer Erfolg. Lokalpolitiker wie OB Dr. Wengert, MdB Heinz Paula oder Alt-OB Hans Breuer und viele andere AugsburgerInnen unterstützten mit Ihrer Unterschrift die Kampagne², die Mitte September 122.700 Unterschriften zählte. Vor Ort hat das traurige

Spektakel der neofaschistischen Schreier im Dezember 2006 und Februar 2007 eine tiefe Ablehnung hinterlassen. Einmal ein braunes Rathaus³ genügt. Ein großes Bedürfnis nach einem Verbot war an den bisher sechs Infotischen⁴ der VVN/BdA in der Fußgängerzone festzustellen. Die Menschen können nicht verstehen, wie nach den Gräueltaten des faschistischen Deutschlands rechte Ideologen in Parlamenten sitzen dürfen, Deutsch-Nationalismus fördern und sich aus Steuergeldern finanzieren lassen. Die NPD zu verbieten bedeutet doch die Fortführung der Entnazifizierung und ist damit demokratischer Auftrag. Ein Auftrag, den die demokratischen Parteien die letzten Jahrzehnte verschlafen haben.

Fortsetzung S. 2



Unterschriftensammlung der VVN bei der 1. Mai-Kundgebung des DGB 2007 in der Freilichtbühne

Die Bedenkenräger

Jetzt rühmt z.B. die SPD-Bundestagsabgeordnete Fograscher (Kreis Donau-Ries) die paar Millionen von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Gelder zur Untersuchung des Rechtsextremismus⁵, ein Verbot lehnt sie ab. Der 1. ordentliche Länderrat der Grünen⁶ setzt auf eine „Demokratieoffensive“ und sieht ein Verbot im jetzigen Stadium (?) sogar als kontraproduktiv an. Wen wundert da noch ein Kommentar in der taz von Daniel Schulz, der die Lösung in einem „langandauernden, zivilgesellschaftlichen Engagement“⁷ sieht. Ein Verbot sieht er nicht als geeignetes Mittel an. Abgelehnt wird ein erneutes NPD-Verbotsverfahren auch von Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm, wobei er an der Verfassungsfeindlichkeit der NPD nicht zweifelt⁸. Fassen wir zusammen: Die V-Leute können nicht abgezogen werden, da die NPD aggressiv verfassungsfeindlich ist. Der Logik folgend bedeutet dies, je aggressiver die NPD, desto unwahrscheinlicher ein Verbot. Wer kann da noch folgen. Die Liste der Bedenkenräger ließe sich fortführen.

Wachsende Zustimmung

Im Laufe der Kampagne gibt es auch

sehr erfreuliche Entwicklungen. Viele Gewerkschaftsgruppierungen haben sich solidarisiert und der SPD-Parteivorstand hat im August, im lesenswerten Antrag für den SPD-Bundestag in Hamburg, in den Leitlinien zum Umgang mit dem Rechtsextremismus das Verbot der NPD aufgenommen.⁹

Antifaschistische Arbeit geht uns alle an

Die Finanzierung der NPD über die Wahlkampfkostenerstattung muss durch ein Verbot dieser Partei unterbunden werden. Die Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Gedankengut, das natürlich durch ein Verbot nicht verschwindet, ist eine andere Sache. Es gibt viele Verbote für Dinge, die Menschen trotzdem tun.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut ist eine Daueraufgabe für uns. Eine Daueraufgabe deshalb, da der Braunbereich in vielfältiger Form in unserer Gesellschaft anzutreffen ist. Von den „alltäglichen“ Vorurteilen, dem Rassismus über Antisemitismus bis zur Geschichtsverfälschung stehen wir gesellschaftlichen Erscheinungen gegenüber, die die Würde des Einzelnen mit Füßen treten. Die Kampagne für ein Verbot der NPD ist *ein* kleiner Baustein in der po-

litischen Arbeit für eine demokratische gesellschaftliche Entwicklung. Diese „Passung“ braucht Toleranzen aber auch Grenzen. Die NPD passt nicht!

Aus diesem Grunde werden wir weiter für ein Verbot faschistischer Parteien und Organisationen eintreten. Für die Kampagne „NONPD“ werden wir am 29.9.2007 Unter dem Bogen in der Annastraße an unserem Infotisch wieder Unterschriften sammeln und über das braune Gedankengut informieren. – *SprecherInnenkreis VVN/BdA Kreisverband Augsburg*

¹ <http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604675.pdf>

² <http://www.npd-verbot-jetzt.de/>

³ Zur Geschichte Filser/Thieme: Hakenkreuz und Zirkel. Augsburg im Dritten Reich. Gondrom 1993

⁴ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/07_npd_verbot/index.htm

⁵ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/070503ESG/index.htm

⁶ http://www.gruene.de/cms/default/dok-bin/179/179166.beschluss_rechtsextremismus_rassismus_un.pdf

⁷ taz 6.8.2007

⁸ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=566&Itemid=240

⁹ Antrag zum SPD-Bundestag in Hamburg: „Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus.“ <http://www.spd.de/menu/1722734/>

Polizeirepression – Tendenz steigend (Folge 1)

Demonstrationsverlauf in Augsburg bei einer DVU-Veranstaltung

Als am Samstag, den 31.03.2007 in der Gaststätte „Lindauer Stühle“, Unterfeldstraße 1, 86199 Göggingen, eine Veranstaltung der rechtsextremen Partei DVU stattfand, machten sich etwa 30

Antifaschisten auf, um vor der Gaststätte zu demonstrieren, was aber nicht gestattet war, da bis zum Ende nicht feststand, wo die Rechtsextremen ihren Stammtisch abhalten werden. Die friedlich Demons-

trierenden versperrten einem Teilnehmer den Weg zum Lokal, woraufhin dieser einen Antifaschisten anfuhr und dabei seine Windschutzscheibe zu Bruch ging. Er verständigte die Polizei, die sogleich mit mehr als 10 Streifenwagen anrückte, da seine Windschutzscheibe angeblich von einem Antifaschisten mutwillig zerstört worden war. Der schwarze Block wurde gleich vor Ort fein säuberlich durchsucht und die Personalien aufgenommen, man-

che bekamen Handschellen, andere, die gar nicht direkt dabei waren, sondern sich nur in der Nähe befanden, wurden von Zivilpolizisten abgefangen, da man sie dem linken Spektrum zuordnete.

Manchen gelang ein Fluchtversuch, aber es kamen trotzdem 21 Personen in menschenunfreundliche, unhygienische und teils blutverschmierte Einzelzellen, im Keller des Polizeipräsidiums in der Gögginger Straße, in denen es kalt war, wobei anzumerken ist, dass manche



Augsburger DVU-Leitwolf nimmt das mit dem „Zähne zeigen“ ernst. Walter Baur, sekundiert von jungem Gefolgsmann, agitiert am 25.2.2005 zum Thema „britisch-amerikanischer Bombenterror über Augsburg“. Rechtes Bild: Wahlplakat der DVU zur Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24.2.2008

DemonstrationsteilnehmerInnen nur in Unterwäsche die Zeit verbringen mussten. Obwohl mehrfach verlangt, bekam man während der sechs Stunden Haft weder etwas zu Essen noch zu Trinken, was eigentlich der Fall sein müsste. Vor den Zellen musste man seine Schuhe und andere Kleinigkeiten, wie Gürtel ausziehen. In der Einzelzelle musste man sich ganz ausziehen, wobei die Herrschaften von der Polizei sogar nach Drogen in Körperöffnungen Ausschau hielten.

Nach mehreren Stunden des Wartens wurde man rausgeholt und je nachdem wie radikal man aussah wurde man entweder streng erkennungsdienstlich behandelt oder nur fotografiert. Natürlich wurde auch verhört, um antifaschistische Strukturen zu ermitteln, wenn man die Aussage nicht sofort verweigerte. Die Anschuldigungen waren einfach aus den Fingern gesogen und reichten von Landfriedensbruch bis zur Sachbeschädigung, die niemals stattfand. Ziel der Polizei war es eindeutig nicht, einen Konflikt zu entschärfen, sondern die politisch engagierten Jugendlichen einzuschüchtern, zu schikanieren und ihnen den Mut für eine andere Meinung zu nehmen. Die DVU konnte ihren Stammtisch dank diesem repressiven Einsatz in Ruhe abhalten.

Inzwischen sind nun sechs Monate vergangen und bislang gab es noch keine weiteren Verhöre oder Strafbefehle. Doch unser Besitz, der damals beschlagnahmt wurde, wurde noch immer nicht zurückgegeben, da die Staatsdiener, die sich darum kümmern nur wenige Stunden am Morgen arbeiten und es so einem Schüler fast unmöglich ist, seine Sachen innerhalb dieser Zeit abzuholen. – mo

Darstellung der Ereignisse im aktuellen Verfassungsschutzbericht Bayerns 1. Halbjahr 2007

Am 31. März versammelten sich etwa 20 schwarz gekleidete und überwiegend verummte Linksextremisten in Augsburg vor der Zufahrt einer Gaststätte, in der die rechtsextremistische DVU eine Vortragsveranstaltung abhalten wollte. Die Autonomen versuchten, die ankommenden Vortragsteilnehmer an der Zufahrt zu hindern, indem sie mit Fußtritten und Faustschlägen die Fahrzeuge der Rechtsextremisten attackierten. Dabei wurde auch die Windschutzscheibe eines völlig unbeteiligten Autofahrers zerstört. Die Polizei nahm 21 Aktivisten fest. Gegen sie wird wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der Nötigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ermittelt, da die Protestkundgebung nicht angemeldet war.

In Sachen Gewaltbereitschaft pflegt der Freistaat notorisch die Methode Haltet-den-Dieb

Neben den Gegenaktionen zum G8-Gipfel blieb auch der Antifaschismus ein wichtiges Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten. Der Antifaschismus der Autonomen beinhaltet jedoch nicht allein den Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen den demokratischen Staat und dessen Institutionen, denen unterstellt wird, rechtsextremistische Bestrebungen zu schützen und zu fördern. Für ihre Übergriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten nutzen gewaltbereite Linksextremisten noch immer überwiegend Kundgebungen gegen rechtsextremistische Auftritte – oft auch des bürgerlichen Spektrums – als Forum für Gewalttaten. Anlässlich rechtsextremistischer Veranstaltungen ist nach wie vor eine hohe Gewaltbereitschaft bei Linksextremisten festzustellen.

Beispielsweise beteiligten sich am 24. Februar in Augsburg bis zu 1.500 Personen an einer Demonstration gegen einen Aufzug des rechtsextremistischen „Augsburger Bündnis – Nationale Opposition e.V.“. Zu der Gegenkundgebung hatte eine Vielzahl unterschiedlicher Personen und Gruppen aus dem bürgerlichen, dem Parteien-, aber auch dem autonomen Antifa-Spektrum aufgerufen. Im Laufe des rechtsextremistischen Aufzugs schlossen sich mehrmals Gegendemonstranten zu größeren Einheiten zusammen und blockierten die Wegstrecke z.B. durch Sitzblockaden auf Straßenbahnschienen. Etwa 50 Linksextremisten versuchten, die polizeiliche Absperrung zu überrennen, um den rechtsextremistischen Aufzug zu behindern. Insgesamt wurden 14 Personen festgenommen, davon elf aus dem links- und drei aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

aus dem Verfassungsschutzbericht Bayern 1. Halbjahr 2007 http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte/verfesch_2007_hj.pdf

Bericht über die Veranstaltung des Witikobundes am 26.5.2007 in Augsburg

Der Sudetendeutsche Tag – Bühne für rechtsextreme Hetzer

Abwechselnd mit Nürnberg, findet in Augsburg alle zwei Jahre der Sudetendeutsche Tag statt. Außer der Eröffnungsveranstaltung und der Hauptkundgebung, über die das Bayerische Fernsehen traditionell einen halbstündigen Bericht sendet, umfasst das Programm zahlreiche Einzelveranstaltungen, die von besonderen Gliederungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) ausgerichtet werden. Das sind vor allem die sog. Gesin-

nungsgemeinschaften: die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde, die katholische Ackermann-Gemeinde und der rechtsextreme Witikobund. Über die Veranstaltungen dieser Verbände erfährt die Öffentlichkeit in der Regel nichts, obwohl sie sich durchaus dafür interessieren sollte. Das gilt besonders für den Witikobund. Denn der verbreitet bei dieser Gelegenheit handfeste rechtsextreme Parolen.

Dabei ist der Witikobund keineswegs

ein kleines, isoliertes Häufchen Ewiggestriger, sondern er besetzt zahlreiche wichtige Positionen in den zentralen Strukturen der Landsmannschaft. So ist z.B. der Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung, Werner Nowak, Witikone. Ebenso der SL-Kulturreferent Reinfried Vogler und der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Volkstumspflege, Oskar Böse. Der jetzige Witikobund-Vorsitzende Hans Mirtes ist gleichzeitig Chef des Arbeitskreises sudetendeutscher Lehrer und Erzieher. Dieser bemüht sich, Einfluss darauf zu nehmen, wie das Thema „Flucht und Vertreibung“ in den Schulen behandelt wird. Er gibt einen unsäglichen „Erzieherbrief“ und eine Schriftenreihe mit dem Titel „Tatsa-

chen, Meinungen, Standpunkte“ heraus, in deren Heften scheinwissenschaftliche Abhandlungen sich mit primitivster Hetze gegen die „Vertreiberstaaten“ abwechseln. Beim Sudetendeutschen Tag macht dieser Arbeitskreis zusätzlich seine eigene Veranstaltung, während die genannten Publikationen am Stand des Witikobundes angeboten werden.

Als seine Hauptaufgabe betrachtet der Witikobund den Kampf für einen angeblichen „Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der sudetendeutschen Volksgruppe“ (SL-Satzung). Die Witikonen haben keinen Zweifel, dass die in die „wiedergewonnene Heimat“ zurückgekehrte „Volksgruppe“ ihr „Selbstbestimmungsrecht“ zugunsten eines erneuten Anschlusses der tschechischen Grenzgebiete an Deutschland wahrnehmen würde. Die Forderung nach Heimatrecht und Selbstbestimmung ist also nichts Anderes als eine kaum verklausulierte Forderung nach Grenzrevision. Um sie akzeptabler zu machen und sich selbst als Opfer darzustellen, macht sich der Witikobund die angeblichen Eigentumsansprüche ehemaliger sudetendeutscher Fabrik-, Schloss- und Großgrundbesitzer zu eigen und beschuldigt die tschechische Regierung des fortgesetzten Eigentumsentzugs. Unter dem Deckmantel eines eigens dafür gegründeten Vereins namens „Sudetendeutsche Initiative“ wurde eine entsprechende Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht. Dies war das Thema der Witikobund-Veranstaltung beim Sudetendeutschen Tag 2005 in Augsburg. Damals legte der Rechtsanwalt der „Sudetendeutschen Initiative“, Thomas Gertner, die Prozessstrategie für dieses Verfahren dar: Man müsse „beweisen“, dass die Sudetendeutschen 1945/46 Opfer eines „Völkermordes“ geworden und die Enteignungen Teil dieses Völkermordes gewesen seien. Nur dann habe die Klage beim EGMR Aussicht auf Erfolg.

2006 gelang es dem Witikobund, über den bayerischen Landesverband der SL, in dem er großen Einfluss hat, die Parole „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf Heimat gehört die Zukunft“ als Motto des Sudetendeutschen Tages durchzusetzen und einen „Arbeitskreis Völkermord“ zu gründen. Vorsitzender des Arbeitskreises wurde der Witikone Roland Schnürch, gleichzeitig Chef des Hauptausschusses der Sudetendeutschen Bundesversammlung (die sich als „Exilparlament der su-

detendeutschen Volksgruppe“ versteht).

Eben dieser Roland Schnürch war der Referent bei der Veranstaltung des Witikobundes in Augsburg 2007 auf dem städtischen Messegelände. Natürlich ging es auch bei seinem Vortrag um die Eigentumsansprüche und ihre Durchsetzung. Zwar hat der EGMR die Klage abgewiesen, aber jetzt wollen die Kläger die UNO-Menschenrechtskommission gegen Tschechien in Stellung bringen. Der Titel der Veranstaltung in Augsburg verriet davon zunächst aber nichts. Er lautete: „Zehn Jahre Deutsch-Tschechische Erklärung – Anspruch und Wirklichkeit. Eine Würdigung aus witikonischer Sicht“. Die Deutsch-Tschechische Erklärung wurde am 21. Januar 1997 von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen tsche-



Roland Schnürch bei der Veranstaltung des Witikobundes in Augsburg am 26.5.2007. Wir versichern, die Gestalt neben ihm war nicht Hitler.

chischen Ministerpräsidenten Václav Klaus (dem heutigen Staatspräsidenten) unterzeichnet. Am 30. Januar 1997 stimmte ihr der Deutsche Bundestag, am 14. Februar das Tschechische Parlament zu. Seitdem bildet sie, zumindest theoretisch, die Grundlage des Umgangs von deutschen und tschechischen Politikern mit einander. Sie spiegelt deutlich die unterschiedlichen Geschichts- und Rechtsauffassungen der Beteiligten, diese erklären jedoch, dass sie die jeweils anderen Auffassungen respektieren wollen. Der Kernsatz lautet, dass beide Seiten „ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“.

Roland Schnürch gehörte zu denen, die die Deutsch-Tschechische Erklärung von Anfang an heftig bekämpften, weil darin nicht die ganze „deutsche“ Position, so wie sie die Rechten verstehen, durchge-

setzt ist.

Roland Schnürch schrieb am 20.12.1996 in der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“ unter dem Titel „Verhöhnung statt Versöhnung“ einen Hetzartikel, in dem er die Kollaboration der Mehrheit der Sudetendeutschen mit dem Naziregime als „legitime(s), auf dem Selbstbestimmungsrecht fußende(s) Wirken der Sudetendeutschen“ verteidigte, die Erwähnung der Flucht und Vertreibung von Tschechen aus den 1938 annektierten Gebieten als „raffinierte Umschreibung der Geschichtslegende, daß Tschechen vertrieben worden seien“, diffamierte, jeden Kausalzusammenhang zwischen den NS-Verbrechen und der Umsiedelung leugnete und, unter Berufung auf den SL-nahen Völkerrechtler Felix Ermacora lapidar behauptete: „Die Vertreibung war Völkermord.“

Genau diesen Artikel zitierte er bei seinem Vortrag 2007 ausführlich und ohne irgendetwas zurückzunehmen.

Erneut sprach er von der „Geschichtslüge, dass Tschechen vertrieben worden seien“, und nannte die wieder errichtete Tschechoslowakei einen „Staat, der gar nicht geschaffen werden durfte“.

Die Deutsch-Tschechische Erklärung sei, so Schnürch, ohnehin „obsolet“, d.h. überholt. Er begründet das mit Äußerungen tschechischer Politiker, die Anfang 2002 nach dem Beginn der SL- und CSU-Kampagne gegen die sog. Benes-Dekrete auf den groben Klotz einen groben Keil setzten. Die Bundesregierung sei danach wieder „völlig frei“. Angela Merkel wird von Schnürch aufgefordert, sich in Prag (und Warschau) für die Eigentumsansprüche der „Vertriebenen“ einzusetzen. Schließlich habe Kohl unmittelbar nach der Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung klar gestellt: „Die Vermögensfrage bleibt natürlich offen.“ Wenn aber die Regierung nichts tue, so Schnürch weiter, sei es die Aufgabe der SL-Führung, aktiv zu werden.

Als leuchtendes Beispiel führte der Referent die griechische Zypriotin Loizidou an, die vor einiger Zeit erfolgreich beim EGMR gegen die Türkei geklagt hat, weil sie wegen der türkischen Besetzung von Nordzypern nicht in ihr dortiges Haus zurückkehren könne. Frau Loizidou habe ihren Kampf mit einem Marsch von tausend Frauen an die Demarkationslinie begonnen: „Wo bleiben solche Aktionen von uns?“

Schließlich erläuterte Schnürch auch noch seine Vorstellungen über die Lö-

17. und 18. August 2007, München, Gräfenberg

Rudolf-Hess Gedenken

Auch 20 Jahre nach seinem Selbstmord kommt der Mythos um den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess nicht zur Ruhe: einmal mehr trieb der 17. August etwa 100 Nazis nach München und einen Tag später etwa 200 Nazis nach Gräfenberg bei Nürnberg. Auch wenn bei beiden Demonstrationen ein „Hess-Bezug“, d.h. ein

inhaltliches Berufen auf Hess oder seine Todesumstände verboten war, so war von vornherein klar, zu wessen Gedenken die „Mahnwachen“ tatsächlich stattfanden. Nachdem der traditionelle „Hess-Marsch“ durch Wunsiedel, den Begräbnisort von Rudolf Hess, erneut verboten wurde, wichen die Nazis auf mehrere Städte im gesamten Bundesgebiet aus. Während in den letzten Jahren bis zu 4500 Nazis in Wunsiedel konzentriert werden konnten, fielen die bundesweiten Gedenkveranstaltungen im Einzelnen relativ klein aus. Für das Jahr 2007 fuhren die Nazis ihre beschränkten lokalen Kräfte auf und konzentrierten sich auf München (17. August) und Gräfenberg (18. August).

Beide Demonstrationen sind jeweils für sich erwähnenswert: am 17. August versammelten sich etwa 100 Nazis aus München, Augsburg und Nürnberg auf dem Karlsplatz/Stachus in München. Diesem

relativ kleinen Haufen standen etwa 1000 GegendemonstrantInnen aus einem breit gefächerten antifaschistischen Spektrum gegenüber. Obwohl die Mahnwache der Nazis in München trotz des engagierten Einsatzes der AntifaschistInnen nicht verhindert werden konnte, so ist zumindest die Anwesenheit einer Masse von Nazi-



Junge Nationaldemokraten mit dem Augsburger NPD-Vorsitzenden Teufel (links im Bild) am 25.2.2005 auf dem Martin-Luther-Platz „im stillen Gedenken“ an Rudolf Hess. Zum „Unrecht“ der Alliierten an den Deutschen zählt für diese Braunen nicht nur die militärische Niederschlagung des Nationalsozialismus sondern auch die juristische Abrechnung mit den Nazis. Dazu gehört auch das Lebenslänglich für Rudolf Hess und sein Tod im Gefängnis, aus dem die Neofaschisten „Mord“ machen. Zur Stilisierung von Rudolf Hess zum Märtyrer und Kultfigur siehe die hochinteressante Studie Der „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel – Rekonstruktion eines nationalistischen Phantasmas von Thomas Dörfler und Andreas Klärner http://www.rechtsextremismusforschung.de/Doerfler-Klaerner_wunsiedel2004.htm. Die Parole „Mord verjährt nicht!“ sollte eigentlich auch in Augsburg geahndet werden.

Gegnern als Erfolg zu werten. Die Polizei fuhr einen gewohnt repressiven und brutalen Kurs; so wurden dem autonomen Spektrum zugeordnete Personen konsequent durchsucht. Ein Blockadeversuch

der AntifaschistInnen am Stachus wurde mit brutaler Polizeigewalt des USK verhindert.

Die gleichen konsequenten Vorkontrollen und brutale Polizeigewalt mussten auch die DemonstrantInnen erfahren, die sich am 18. August nach Gräfenberg aufmachten. Dort wollten die Nazis unter dem Motto „Denkmäler sind für alle da“ zu einem Soldaten-Denkmal pilgern. Diese Pläne wurden jedoch von einem breiten regionalen und überregionalen Spektrum behindert: sowohl Organisationen aus dem bürgerlichen Spektrum, als auch Organisationen aus dem linksradikalen Spektrum versammelten sich auf dem Gräfenberger Marktplatz, den die Nazis für ihr revisionistisches Opfer-Gedenken reserviert hatten. Der Aufforderung der Polizei den Platz für die Nazis zu räumen, kamen weder AntifaschistInnen aus dem bürgerlichen noch aus dem linksradikalen Spektrum nach: eine strömungsübergreifende Aktionseinheit war für einen Moment geschaffen.

Dennoch sollten sich die Wege trennen: Ein Teil der DemonstrantInnen verließ den Marktplatz um die Nazis aus der Nähe zu sichten und nicht ganz ungestört zu lassen. Dieser Teil der DemonstrantInnen kam jedoch nur bis zu einer nahe gelegenen Anhöhe, ehe sie von einer Einheit des USK aufgehalten und unsanft des Ortes verwiesen wurden. Dieser Aufforderung des USK konnten die DemonstrantInnen anscheinend nicht schnell genug nachkommen, wurden in Gewahrsam genommen und in eine Gefangenenanstalt verfrachtet, wo sie mehrere Stunden zu viert in winzigen Zellen ausharren mussten. Der Zugang zu wichtigen Medikamenten oder Notärzten wurde verhindert bzw. hinausgezögert, so dass ein Mann einen Ohnmachtsanfall und ein Mädchen einen epileptischen Anfall erlitt.

Gräfenberg ist und bleibt ein Pilgerort der Nazis; die NPD Bayern veranstaltet am 03. Oktober in Gräfenberg einen politischen Frühschoppen. – ab



Augsburgs dunkle Geschichte: Wilhelm Messerschmitt arrangierte den Englandflug des Führerstellvertreters mit einer Me 110

sung der „offenen sudetendeutschen Frage“. Am besten sei es, die tschechischen Grenzgebiete zu „europäisieren“. Auf keinen Fall jedoch solle man individuell in die Tschechische Republik übersiedeln (eine Möglichkeit, die seit Jahren jedem Deutschen offen steht). Das sei, „auch bei Rückerstattung“ früheren Eigentums, „viel zu gefährlich, wenn die Vertreibungsgebiete unter staatlicher Souveränität der Vertreiberstaaten bleiben“.

Als die Deutsch-Tschechische Erklärung verhandelt wurde, wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft gezwungen, ihre Satzung zu ändern und die Verfolgung individueller Vermögensansprüche als Aufgabe zu streichen. Andernfalls werde sie die Anerkennung als gemeinnütziger Verein verlieren, hieß es damals aus dem Bundesfinanzministerium. Heute bietet der Sudetendeutsche Tag den Rahmen für die Propagierung von Territorialforde-

rungen unter dem Vorwand genau solcher Ansprüche. Wann wird die Bundesregierung endlich aufhören, mit Steuergeldern und Steuerprivilegien Vereine zu fördern, die eine ständige Belastung für das friedliche Zusammenleben in Europa darstellen? Wann wird die Stadt Augsburg endlich aufhören, sich als Gastgeber dafür herzugeben? Die Regenbogenregierung konterkariert damit eigene, durchaus positive Initiativen und Entwicklungen, die der Verständigung mit der tschechischen Bevölkerung, namentlich aus der Partnerstadt Liberec, dienen: so z.B. Schülertreffen, gegenseitige Besuche der Bürgermeister oder die deutsch-tschechischen Wochen, die zeitgleich zum Sudetendeutschen Tag in Augsburg unter dem Motto „Dialog“ stattfanden und eigentlich ein tolerantes und niveauvolles Kontrastprogramm zum primitiven Getöse der SL darstellten. – *Renate Hennecke*

24. Februar 2007: Nazi-Demonstration in Augsburg

Kaum zwei Monate nach ihrem letzten Aufmarsch am 02. Dezember 2006 marschierten regionale und überregionale Nazis wieder durch Augsburg. Die Demonstration zum „Gedenken“ an die alliierten Bombenangriffe auf Augsburg am 24. Februar 1944 ist kein isoliertes Phänomen, sondern als eine Entwicklung in der rechten Augsburger Szene zu sehen: nachdem mehrere Rechtsradikale eine Gedenkveranstaltung der VVN am 01. November 2006 gestört hatten, am 04. November einen jungen Mann am Oberhauser Bahnhof verprügelten und am 02. Dezember in einer grösseren Demo durch Augsburg marschierten, schickten sie sich nun an in bewährter Weise am Täter/Opfer Begriff herumzumanipulieren.

Hintergrund der Nazi-Demonstration war, wie oben erwähnt, der Jahrestag der

ihre Verdrehung der Täter/Opferkategorien zu propagieren. Es soll ausschließlich den deutschen „Opfern“ der Bombardierung, also dem arischen Bevölkerungsteil Augsburgs gedacht werden. Verschwiegen wird hierbei dass es diese deutsche Bevölkerung war, welche den Nazis an die Macht verhalf, ihren mehr als 12jährigen Terror erduldet oder zumindest tolerierte, und das verbrecherische Nazi-Regime am Leben hielt. Als „Opfer“ wird hier eine deutsche Bevölkerung stilisiert, die in Wirklichkeit Täter war. In eine konstruierte Täterschaft werden alliierte Streitkräfte stilisiert, die in Wirklichkeit Opfer des Nazi-Imperialismus waren. Auf solche Weise wird die Verdrehung der Täter/Opferkategorien propagandistisch ausgeschlachtet und in eine breite Gesellschaftsschicht als „richtig“ transportiert.

Die Demo der Nazis unter dem Motto „Alliierter Bombenterror“ (auf verschiedenen Webseiten wurde der Begriff „Bombenholocaust“ (!) benutzt) startete am Jakober Tor und führte mitten durch die Innenstadt über das Theater zum Königsplatz. Eine stetig anwachsende Gruppe von jüngeren AntifaschistInnen machte sich in Richtung Jakober Tor auf. Dort angekommen gab es auch sofort eine Sitzblockade von etwa 50 Personen, welche die Nazis jedoch nicht weiter stören konnten. Auch Versuche vor die Demoroute der

Termine

01.11. **Gedenkveranstaltung der VVN** auf dem Westfriedhof. Rede: Anne Rieger. 10 Uhr, anschließend Treff im Bürgerhaus Pfersee zum antifaschistischen Jahresrückblick

15.11. **Lyrik aus den KZs Augsburg und Dachau** von Henri Pouzol und Stanislaw Wygodzki, Lesung mit Dorothea Heiser, 20 Uhr Bürgerhaus Pfersee, Stadtberger Str. 17, Veranstalter: Forum solidarisches und friedliches Augsburg, VVN Augsburg und Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

18.11. **so genannter „Volkstrauertag“**, wo traditionsgemäß „unserer Helden“ unserer Kriege gedacht wird. Vergangenes Jahr konnten wir mit unserer Kritik wenigstens erreichen, dass die Stadt die Neofaschisten am Mahnmahl an der blauen Kappe aussperrte. Das reicht aber nicht, die Tradition ist von Anfang an reaktionär, eine offizielle Beteiligung der Stadt sollte unterbleiben. Bürgermeister Kirchner gedachte vergangenes Jahr erstmals auch der deutschen gefallenen Soldaten bei den aktuellen Auslandseinsätzen. Eine solche Renaissance des „Volkstrauertages“ wünschen wir schon gar nicht, schlägt er doch dem Anspruch Augsburgs als Friedensstadt ins Gesicht.

weitere Termine bei http://www.forumaugsburg.de/s_4termine/aktuell/index.htm

Web

Die Ganze Bäckerei <http://infoladen.in.funpic.de/>
Forum solidarisches und friedliches Augsburg <http://www.forumaugsburg.de/>
Jugendantifa Augsburg <http://www.jugendantifa-augsburg.tk/>
VVN Augsburg <http://www.vvn-augsburg.de/>
Diese Ausgabe steht u.a. beim Forum solidarisches und friedliches Augsburg zum Download bereit.

Kontakt

Die Antifaschistische Zeitung für Augsburg wird von einem unabhängigen Redaktionskollektiv herausgegeben, erscheint zur Zeit mit einer Auflage von 300 und soll vorläufig alle zwei Monate erscheinen. Die nächste Herausgabe ist für 27.11. geplant. Es werden finanzielle Förderer gesucht. Zuschriften bitte richten an: redaktion-aza@forumaugsburg.de
Verantwortlich für diese Ausgabe: A. Büsel

Der Augsburger Polizeipräsident: „Wir sind sehr präsent! Und wir lassen keine Rechtsverstöße zu, es gibt keine rechtsfreien Räume in Augsburg und die Einschreitschwelle ist sehr niedrig...“
– blah, blah

Bombardierung Augsburgs durch die Alliierten. Alle Jahre wieder benutzen Alt- und Jungnazis dieses Datum gerne, um

Nazis zu kommen und dort zu blockieren scheiterten sowohl am Theater als auch am Königsplatz aufgrund der massiven Polizeigewalt, die maßgeblich von Beamten des bayrischen USK (Unterstützungskommando) ausging. – *ab*